

## **A2NEU3 Zeit für einen Klimakanzler!**

Antragsteller\*in: KV Südthüringen  
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

### **Antragstext**

#### 1 **Warum wir für Klimagerechtigkeit kämpfen**

2 Stürme, Dürren, Brände: Laut Weltwetterorganisation tritt Extremwetter heute  
3 vier bis fünfmal häufiger auf als noch in den 1970er-Jahren. Bei der  
4 Flutkatastrophe im vergangenen Juli kamen in Deutschland knapp 200 Menschen ums  
5 Leben, das Hochwasser verursachte Schäden in Milliardenhöhe. - Der  
6 menschengemachte Klimawandel und seine Auswirkungen gehören längst zu unserem  
7 Alltag.

8 Deshalb haben sich 2015 194 Staaten und die Europäische Union mit dem Pariser  
9 Abkommen auf einen Neustart in der internationalen Klimapolitik geeinigt und  
10 streben an, die Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf deutlich unter 2  
11 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen und Anstrengungen zu  
12 unternehmen, um den Temperaturanstieg bei 1,5 Grad zu stoppen. Dennoch warnt der  
13 Weltklimarat (IPCC): Bereits 2030 könnte sich der Planet im Vergleich zum  
14 vorindustriellen Zeitalter um 1,5 Grad erwärmt haben – deutlich schneller also,  
15 als man bisher angenommen hatte!

16 Die Klimakrise ist für uns eine Gerechtigkeitskrise: Während die  
17 Industriestaaten maßgeblich zur Erderwärmung beigetragen haben und dies immer  
18 noch tun, sind die Hauptbetroffenen die Menschen des globalen Südens.

19 Klimaschutz ist für uns zuallererst ein gewaltiges Industrieprojekt. Wir wehren  
20 uns dagegen, die Verantwortung für den Klimaschutz auf Einzelpersonen  
21 abzuwälzen. Wenn Menschen ihr Verhalten klimabewusst ändern, beispielsweise  
22 ihren Fleischkonsum reduzieren oder vom Auto auf die Bahn umsteigen, ist das  
23 zwar ein wichtiger Beitrag. Gleichzeitig wissen wir, dass die Klimakrise nur  
24 bewältigt werden kann, wenn wir unsere Wirtschaft klimaneutral umbauen. Wir  
25 stehen vor einer neuen industriellen Revolution, die fossile  
26 Wirtschaftsstrukturen überwinden und gute Arbeit in einer dekarbonisierten  
27 Wirtschaft ermöglichen muss.

28 Wie eine verfehlte Politik Arbeitsplätze vernichten kann, hat Deutschland in der

29 Solarindustrie erlebt. Die rot-grüne Bundesregierung sorgte Anfang der 2000er  
30 dafür, dass Deutschland zum Weltmarktführer aufstieg. Dank Schwarz-Gelb gingen  
31 später in der deutschen Solarbranche viermal mehr Jobs verloren, als heute noch  
32 Menschen in der Braunkohleindustrie beschäftigt sind. Wir kämpfen deshalb für  
33 eine Politik, die gute Arbeit und konsequenten Klimaschutz nicht als Gegensätze  
34 versteht. Vielmehr sehen wir eine gescheiterte Klimapolitik als große Gefahr für  
35 den Wirtschaftsstandort Deutschland.

36 Unsere Klimapolitik orientiert sich am global noch verfügbaren CO<sub>2</sub>-Budget.  
37 Dieses bezeichnet die CO<sub>2</sub>-Emissionen, die von der Menschheit noch verursacht  
38 werden dürfen, um eine globale Erwärmung von 1,5 Grad nicht zu überschreiten.  
39 Die Verteilung dieses Budgets auf einzelne Staaten, insbesondere auch mit Blick  
40 auf die historisch hohen Emissionen der Industriestaaten, ist eine politisch  
41 hoch umstrittene Frage und kann nicht alleiniger Maßstab für klimapolitisches  
42 Handeln sein. Verteilt man die global noch verfügbaren Restemissionen pro Kopf  
43 ergäbe sich daraus ab Anfang 2020 für Deutschland noch ein Budget von 4,2  
44 Gigatonnen CO<sub>2</sub>. Dieses Budget erkennen wir als transparentesten  
45 Gerechtigkeitsmaßstab an und streben an, dieses nationale Budget nicht zu  
46 überschreiten.

47 Mit Blick auf die vielen offenen Fragen hinsichtlich des nationalen  
48 Budgetansatzes sieht das Pariser Abkommen explizit eine Abweichung davon vor und  
49 enthält in seinem Kern die Möglichkeit, Klimaschutzmaßnahmen in anderen Staaten  
50 zu finanzieren und so die maximale ökonomische Effizienz bei der  
51 Emissionsvermeidung zu erreichen. Diesem Mechanismus schließen wir uns an,  
52 möchten aber betonen, dass wir Länder des globalen Südens bei klimafreundlichen  
53 Industrialisierungsbestrebungen unterstützen wollen. Klar ist aber auch:  
54 Regelungen zur globalen Emissionsvermeidung dürfen nicht zur Ausrede für die  
55 Industriestaaten für heimisches Nicht-Handeln verkommen. Mit Blick auf die  
56 besonders hohe Klimaschuld Deutschlands, als historisch viertgrößter Emittent  
57 von Treibhausgasen, und seine besonderen Bedingungen als reicher Staat, streben  
58 wir deshalb die Klimaneutralität der Bundesrepublik bis 2035 an.

### 59 **Was wir wollen**

#### 60 **1. Sozialwende**

61 Als Sozialdemokrat:innen sehen wir den Klimaschutz als Chance - Kluge  
62 Klimapolitik sichert und schafft Jobs, höhere Löhne sowie gute  
63 Arbeitsbedingungen. Dafür braucht es jetzt mutige Entscheidungen. Die 2020er  
64 Jahre müssen ein Investitionsjahrzehnt werden: Mit Investitionen in  
65 klimaneutrale Industrieanlagen, Energieversorgung, Mobilität, Gebäudesanierung  
66 und Wasserstoffinfrastruktur entstehen hunderttausende neue Arbeits- und  
67 Ausbildungsplätze im ganzen Land.

68 Gleichzeitig stehen die Beschäftigten z.B. im Kohlebergbau, der  
69 Automobilherstellung oder der Stahl- und Elektroindustrie vor großen  
70 strukturwandelbedingten Herausforderungen. Wir wollen dabei niemanden allein  
71 lassen, sondern die Aufgaben als Gesellschaft solidarisch schultern.  
72 Beschäftigte in diesen Industrien sollen weiterhin von sicheren Jobs profitieren  
73 und ihren Lebensstandard halten und verbessern können. Deswegen fordern wir ein  
74 Recht auf Weiterbildung verknüpft mit einer Einkommensgarantie – ein erster  
75 Schritt in diese Richtung ist das Transformationskurzarbeiter:innengeld.

76 Seit Anfang 2021 gibt es in Deutschland einen nationalen CO<sub>2</sub>-Preis auf fossile  
77 Brennstoffe im Wärme- und Verkehrsbereich. Zunächst mit 25 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>  
78 startend, soll dieser Preis schrittweise erhöht werden und 2025 55 Euro pro  
79 Tonne erreichen. In der Zeit danach soll die Bepreisung mit einem  
80 Emissionshandel und festen Preiskorridoren erfolgen.

81 Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung halten wir für ein wichtiges und effektives Instrument, um  
82 einen Anreiz für klimafreundliche Technologien zusetzen und  
83 Treibhausgasemissionen zu senken. Sie kann aber auch Ungerechtigkeiten  
84 verschärfen, weil sie insbesondere Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen  
85 belastet. Das wollen wir ändern und den CO<sub>2</sub>-Preis zu einem echten  
86 Umverteilungsinstrument machen!

87 Damit er eine stärkere Steuerungswirkung entfaltet, muss der CO<sub>2</sub>-Preis bereits  
88 ab dem 1. Januar 2023 auf mindestens 60 Euro pro Tonne erhöht werden und  
89 möglichst schnell einen Wert von 195 Euro erreichen – denn so hoch liegen laut  
90 Schätzung des Umweltbundesamtes die langfristigen Folgekosten einer Tonne CO<sub>2</sub>.  
91 Perspektivisch stellen wir uns eine Einbindung in einen europäischen  
92 Emissionshandel für die Sektoren Wärme und Verkehr vor, den die Europäische  
93 Kommission im Sommer vorgeschlagen hat.

94 Diese Erhöhungen müssen aber sozial abgefedert werden und dürfen nicht ihre  
95 Lenkungswirkung verfehlen: So wollen wir aus den Einnahmen des CO<sub>2</sub>-Preises die  
96 EEG-Umlage vollständig abschaffen und die Stromsteuer und die Umsatzsteuer  
97 deutlich senken, damit strombasierte Technologien wie die Elektromobilität oder  
98 Wärmepumpen („Sektorenkopplung“) attraktiver werden. Ergänzend soll ein  
99 Klimawohngeld dafür sorgen, dass sich Wohngeldempfänger:innen auch neue oder  
100 sanierte Wohnungen leisten können und investitionsbedingte Mieterhöhungen nicht  
101 zu sozialen Verwerfungen führen. Außerdem müssen die Mehrkosten durch den CO<sub>2</sub>-  
102 Preis beim Heizen vollständig von den Vermieter:innen getragen werden – denn nur  
103 sie können eine umweltfreundliche Heizungsanlage einbauen!

104 Die Entfernungspauschale wollen wir in ein Mobilitätsgeld umwandeln. Die  
105 geltende Pauschale von 30 Cent pro Kilometer Entfernung zum Arbeitsplatz  
106 reduziert das zu versteuernde Einkommen - wer viel verdient, profitiert mehr.  
107 Das Mobilitätsgeld von 10 Cent pro Entfernungskilometer soll hingegen direkt von

108 der

109 Steuerlast abgezogen werden. Der finanzielle Vorteil für Besserverdienende würde  
110 damit zugunsten der Geringverdienenden aufgehoben.

111 Darüber hinaus wollen wir die verbleibenden Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Preis mit  
112 einer Pro-Kopf-Klimaprämie an die Bürger:innen zurückerstatten und so einen  
113 kurzfristigen Umverteilungseffekt erzielen. Denn es sind vor allem Wohlhabende,  
114 die am meisten zur Klimakrise beitragen!

## 115 **2. Energiewende**

116 Die Grundlage für das Erreichen von Klimaneutralität ist eine vollständig  
117 erneuerbare Energieversorgung. Der gesamte Energiebedarf der Energiewirtschaft,  
118 des Verkehrs, der Gebäudeheizung und der Industrie muss durch einen Mix aus 100%  
119 regenerativer Energie gedeckt werden. Diese Umstellung verändert das  
120 Energiesystem grundlegend: Weg von einem fossilen, zentralen und starren, hin zu  
121 einem erneuerbaren, dezentralen und flexiblen Energiesystem.

122 Für uns ist die Energiewende deshalb nicht einfach nur eine klimapolitische  
123 Notwendigkeit oder ein technisches Konzept, sondern auch eine grundlegende  
124 sozialdemokratische Idee: Die Erzeugung und der Transport von Energie gehören  
125 nicht in die Hände großer Konzerne, sondern müssen dem Gemeinwohl dienen. Unsere  
126 Energiewende geschieht von Bürger\*innenhand!

127 Deutschland steht heute gut da: 17% des Primärenergiebedarfs werden bereits aus  
128 Erneuerbaren Energien gedeckt, beim Strom sind es sogar 46%. Jetzt braucht es  
129 neue Impulse, um die bisher reine Stromwende zu einer echten Energiewende zu  
130 machen und auch in den Bereichen Verkehr, Wärme und Industrie den Erneuerbaren  
131 zügig zum Durchbruch zu verhelfen. Dafür ist ein neues System der Steuern und  
132 Abgaben am Energiemarkt notwendig, ebenso wie ein klarer Fahrplan für den Ausbau  
133 der Erneuerbaren Energien und der dazugehörigen Infrastruktur, der eine  
134 vollständig erneuerbare Energieversorgung bis 2035 ermöglicht.

135 Die Umstellung auf ein vollständig erneuerbares Energiesystem birgt die  
136 Notwendigkeit, aber auch die Chance, den Primärenergiebedarf massiv zu senken  
137 und aus heimischen Quellen zu decken. 2020 wurden noch knapp 3250 TWh an Energie  
138 für die Bereiche Strom, Gebäudeheizung, Mobilität und Industrie verbraucht,  
139 wovon knapp 70% importiert wurden. Ein vollständig erneuerbares Energiesystem  
140 kommt, einer kürzlich erschienen Studie des DIW zufolge, hingegen mit gut 1200  
141 TWh aus. Das gelingt durch den Ausstieg aus ineffizienten Verbrennungsprozessen  
142 mit fossilen Energieträgern und den Einstieg in die direkte Nutzung von  
143 erneuerbar erzeugtem Strom in Form von Power-To-X-Technologien im Rahmen der  
144 Sektorenkopplung, die zu erheblichen Effizienzgewinnen führen. Gleichzeitig sind  
145

146 wir aber überzeugt, dass es auch tatsächliche Effizienzgewinne durch eine  
147 Umstellung unseres Wirtschaftssystems auf eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft  
dringend braucht.

148 Während der Primärenergiebedarf deutlich sinkt, wird der Strombedarf durch die  
149 Sektorenkopplung in den nächsten Jahren z.B. durch Wärmepumpen, Elektromobilität  
150 oder Wasserstoff massiv ansteigen. Angelehnt an die aktuelle Studienlage und um  
151 einen zusätzlichen Puffer für eine schneller Dekarbonisierung zu schaffen, gehen  
152 wir von einem Anstieg des Strombedarfs auf mehr als 700 TWh bis 2030 und über  
153 1200 TWh beim Erreichen einer vollständig erneuerbaren Energieversorgung im Jahr  
154 2035 aus. An diesen Zielen muss sich der Ausbau der Erneuerbaren Energien  
155 orientieren und bis 2030 zu mindestens 80% und bis spätestens 2035 zu 100% den  
156 Strombedarf

157 decken. Um die Ziele tatsächlich zu erreichen, muss das jährliche Energiewende-  
158 Monitoring der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit allen großen Instituten des  
159 Landes eine ständig angepasste Prognose über den künftigen Primärenergie- und  
160 Strombedarf enthalten, um auf aktuelle Entwicklungen unmittelbar reagieren zu  
161 können.

162 Um unseren Energiebedarf in allen Sektoren künftig erneuerbar decken zu  
163 können, ist braucht der Ausbau der Erneuerbaren Energien im wahrsten Sinne des  
164 Wortes mehr Power. Wir streben dafür einen Energiemix aus Wind, Sonne,  
165 Wasserkraft, Biomasse und Geothermie sowie die Koppelung an eine Power-To-X-  
166 Wirtschaft an.

167 Doch: Mit den unübersichtlichen Regeln des aktuellen Erneuerbare-Energien-  
168 Gesetzes (EEG) und einem Wirrwarr aus Ausschreibungen, Direktvermarktungen,  
169 Stromkaufvereinbarungen (sogenannte Power-Purchase Agreements oder PPAs) und  
170 Förderungen werden wir den Ausbau der Erneuerbaren nicht schnell genug  
171 vorantreiben können. Deshalb streben wir eine Rückkehr zu den Anfängen des EEG  
172 und feste staatliche Einspeisevergütungen an Stelle von Ausschreibungen an. Das  
173 macht es für Bürger\*innen und Genossenschaften wieder einfacher und attraktiver,  
174 selbst die Erneuerbaren auszubauen, statt die Energiewende großen Konzernen zu  
175 überlassen. Waren die hohen Fördersummen für die Einspeisevergütung der  
176 Erneuerbaren Energien Anfang des Jahrtausends noch ein echter Preistreiber, sind  
177 die Erneuerbaren heute die günstigste Form der Energieerzeugung, sodass sie mit  
178 sehr geringen oder sogar ganz ohne Fördersummen auskommen.

179 Wir wollen mit der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, der  
180 nötigen Flächenausweisung und der Direktförderung den Ausbau der Erneuerbaren  
181 Energien deutlich beschleunigen und jährliche Mindestausbauziele statt  
182 Höchstgrenzen festlegen. Bei Zielverfehlung steigen die Einspeisevergütungen,  
183 bei Zielerreichung sinken sie – so erreichen wir den nötigen Ausbau sicher und

184 zu ökonomisch opportunen Kosten.

185 Konkret erachten wir einen Ausbau der installierten Photovoltaik-Leistung auf  
186 mindestens 150 GW, der On-Shore Windenergie auf mindestens 100 GW und der Off-  
187 Shore Windenergie auf 25 GW bis 2030 für nötig, um unser Ziel einer vollständig  
188 erneuerbaren Energieversorgung bis 2035 zu erreichen.

189 Um das zu erreichen, wollen wir im Bereich der On-Shore Windenergie deutlich  
190 mehr Flächen bereitstellen - und zwar durchschnittlich 2% der Landes- und  
191 Gemeindeflächen. Genehmigungsverfahren müssen verkürzt und vereinfacht werden,  
192 Instrumente zur Vorplanung in Windvorranggebieten stärker genutzt und  
193 artenschutzrechtliche Vorgaben bundesweit vereinfacht werden: Die Genehmigung  
194 eines Windparks darf in Zukunft nicht mehr sechs Jahre dauern, sondern muss in 6  
195 Monaten gelingen!

196 Um die Akzeptanz der Windkraftanlagen in den Standortgemeinden zu stärken,  
197 wollen wir Teilhabe der Bürger:innen sowohl finanziell wie auch im Prozess  
198 ausweiten und dafür sorgen, dass im Sinne einer echten Bürger:innen-Energiewende  
199 vor allem die Kommunen profitieren.

200 Windenergieanlagen auf dem Meer haben große Vorteile, denn sie liefern  
201 verlässlich und nahezu über das gesamte Jahr Strom. Mittlerweile kann Strom aus  
202 Offshore-Anlagen ohne EEG-Förderung erzeugt werden und ist ideal für die  
203 Herstellung von grünem Wasserstoff. Zwar sind bis 2030 20 Gigawatt Leistung  
204 geplant, ein Großteil allerdings erst Ende des Jahrzehnts. Das ist zu langsam.  
205 Im selben Zeitraum müssen 25 Gigawatt erreicht werden. Um das zu schaffen,  
206 braucht es ausreichend Raum für Offshore-Windparks. Die Netzanbindung muss  
207 sichergestellt, die Flächenentwicklungspläne für Nord- und Ostsee unverzüglich  
208 angepasst werden: Wir schlagen vor, Konflikte in der Nutzung mit anderen  
209 Akteur:innen und zuständigen Verbänden zu lösen, also Vertreter:innen aus  
210 Schifffahrt, Militär, Fischerei und Naturschutz in die Planungen einzubeziehen.  
211 Außerdem soll Deutschland zügig in Verhandlungen mit Dänemark und den  
212 Niederlanden zur Umsetzung gemeinsamer Offshore-Projekte einsteigen.

213 Solarenergie ist eine zentrale Säule der Energiewende. Auch hier braucht es  
214 deutlich mehr Tempo: Ende 2020 waren etwa 54 Gigawatt Photovoltaik in  
215 Deutschland installiert, bis 2030 ist mindestens eine Verdreifachung notwendig.  
216 Grundsätzlich gilt: Versiegelte Flächen vor! Wir wollen deshalb eine  
217 Solarpflicht für Neubauten sowie Dachsanierungen bei Wohn- und Nichtwohngebäuden  
218 inklusive Parkplätzen einführen. Innovative Formen wie Fassaden-,  
219 Lärmschutzwall- und Agrarphotovoltaik wollen wir durch separate Einspeisetarife  
220 fördern. Über die Standorte von Freiflächen-Photovoltaikanlagen sollen die  
221 Kommunen künftig allein entscheiden und von den Ländern fachliche Unterstützung  
222 bei der Ausweisung erhalten.

223 Das Ziel einer vollständig erneuerbaren Energieversorgung bis 2035 bedeutet  
224 auch: Ein Kohleausstieg bis 2038 ist zu spät. Deutschland muss bis 2030 komplett  
225 aus der Kohleverstromung aussteigen. Zur Wahrheit gehört: Durch den starken  
226 Anstieg des CO<sub>2</sub>-Preises im europäischen Emissionshandel und verbunden mit einem  
227 künftig schnelleren Ausbau der Erneuerbaren Energien wird der Betrieb von  
228 Kohlekraftwerken für die Kraftwerksbetreiber:innen bereits bis 2030 nicht mehr  
229 wirtschaftlich darstellbar sein. Der Markt ist hier schneller als die Politik.

230 Gerade als Sozialdemokrat:innen müssen wir ehrlich mit den Anwohner:innen von  
231 Kohleregionen wie der Lausitz und den Beschäftigten umgehen: Die von der  
232 Bundesregierung beschlossenen Strukturwandelhilfen müssen schneller eingesetzt,  
233 gegebenenfalls erhöht und in Verkehrsinfrastruktur, den Aufbau neuer Industrien  
234 und Arbeitsplätze investiert werden. Halten wir an den politisch vereinbarten  
235 Zielmarken fest, wird der Strukturwandel scheitern!

236 Gleichzeitig gilt aber auch: Einen politisch auf 2030 festgesetzten  
237 Kohleausstieg lehnen wir ab, da daraus die Notwendigkeit zusätzlicher  
238 Entschädigungszahlungen an die Kraftwerksbetreiber:innen als Konsequenz aus der  
239 Energy Charter Treaty resultiert. Statt großen Unternehmen ihre in fragwürdigen  
240 Investitionsschutzabkommen zugesicherten Entschädigungen zu erhöhen, wollen wir  
241 lieber in den Strukturwandel und den Ausbau der Erneuerbaren investieren und so  
242 bereits bis 2030 für vitale und klimaneutrale Kohleregionen sorgen.

243 Am Atomausstieg halten wir fest.

244 Ohne Netzausbau geht gar nichts. Doch dieser kommt aktuell nur schleppend voran.  
245 Schwerfällige Planungsverfahren und rechtliche Hürden führen sogar dazu, dass  
246 fossil betriebene Kraftwerke als "staatliche Reserve" länger als nötig in  
247 Betrieb bleiben. Um gegenzusteuern, müssen Übertragungsnetze so geplant und  
248 gebaut werden, dass sie insbesondere den zusätzlichen Strom aus Offshore-  
249 Windparks zuverlässig transportieren können.

250 Um die Netzauslastung zu optimieren und Strom für die Herstellung von grünem  
251 Wasserstoff, das Aufladen von Elektroautos und den Betrieb von Wärmepumpen  
252 flexibler und angepasst an die aktuelle Stromerzeugung aus Erneuerbaren zu  
253 verbrauchen („Spitzenglättung“), wollen wir den flächendeckenden Einbau  
254 intelligenter Stromzähler („Smart Meter“) nicht erst bis 2032, sondern bereits  
255 bis 2025 erreichen.

256 Einzelne Erneuerbare Energien sind nicht 24/7 gleichbleibend verfügbar: Sie sind  
257 "Teampoker:innen", ergänzen sich und machen fossile Energieträger überflüssig –  
258 solange für ausreichend Speicher gesorgt wird. Power-to-X bezeichnet  
259 verschiedene Technologien zur Umwandlung und Speicherung von Stromüberschüssen,  
260 wenn zum Beispiel die Sonne im Breisgau mal wieder tagelang scheint oder an der  
261 Nordseeküste eine steife Brise weht. Diese Überschüsse können bei Bedarf

262 abgerufen werden, beispielsweise an bewölkten und windstillen Tagen. In  
263 Forschung und Entwicklung von Power-to-X-Anlagen fließen bereits heute hohe  
264 Fördersummen aus Deutschland und Europa, aber ihr Betrieb ist dennoch häufig zu  
265 teuer. Damit diese Speicher reifen und billiger werden, müssen sie jetzt im  
266 großen Stil eingesetzt werden. Deshalb wollen wir nicht nur die Forschung,  
267 sondern auch den Betrieb solcher Anlagen staatlich fördern und streben an,  
268 gespeicherten Strom von allen Abgaben und Umlagen zu befreien. Denn die  
269 Speicherung von Energie ist eine notwendige Systemdienstleistung!

270 Darüber hinaus wollen wir die Versorgungssicherheit über die Spitzenglättung,  
271 den Ausbau zusätzlicher zentraler Batteriespeicher und den Ausbau von  
272 Gaskraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung unter dem Einsatz erneuerbarer Gase  
273 sicherstellen und finanziell stärker honorieren als bisher.

274 Bei allen diesen Umstellungen wollen wir zurück zu unseren Wurzeln: Einer  
275 Energiewende die aufs Konto der Bürger:innen einzahlt und ihnen mehr  
276 Mitbestimmung eröffnet. Landauf, landab gibt es bereits vorbildliche Projekte  
277 von Engagierten, die die Energiewende vor Ort selbst in die Hand nehmen. Wir  
278 möchten Ansätze wie Bürger:innenwerke, Energiegenossenschaften und  
279 Mieter:innenstrommodelle fördern. Ihre Rahmenbedingungen sollen verbessert, ihre  
280 Gründung vereinfacht werden - beispielsweise durch Unterstützung von  
281 Stadtwerken. Unser Ziel lautet, die Energiewende so dezentral wie möglich zu  
282 organisieren und nicht nur zur größten klimapolitischen Umstellung, sondern auch  
283 zur größten Umverteilungsaktion in diesem Land zu machen!

### 284 **3. Wärmewende**

285 Die Wärmeversorgung ist der hidden champion beim Klimaschutz: So ist die  
286 Wärmeversorgung für 40% des Endenergiebedarfs und ein Drittel der  
287 Treibhausgasemissionen verantwortlich. Doch gerade in diesem Bereich sind mit  
288 Blick auf die langen Investitionszyklen nur relativ langsame Umstellungen  
289 möglich, sodass der Gebäudesektor 2020 sein im Bundes-Klimaschutzgesetz  
290 festgelegtes Emissionsziel verfehlte! Umso schlimmer: Obwohl er gesetzlich zu  
291 einem Sofortprogramm zur Zielerreichung ab dem nächsten Jahr verpflichtet ist,  
292 hat Horst Seehofer als zuständiger Minister bis heute kein ausreichendes  
293 Sofortprogramm vorgelegt. Das zeigt einmal mehr: Die Union verspielt unsere  
294 Zukunft!

295 Um den Gebäudebestand bis 2035 klimaneutral zu gestalten, muss die geplante  
296 Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) sofort erfolgen und die  
297 energetische Gebäudesanierung und den Einsatz erneuerbarer Heizenergien  
298 beschleunigen.

299 Das GEG wollen wir dahingehend anpassen, dass ab 2023 im Neubau der Einsatz von  
300 fossilen Öl- und Gasheizungen nicht mehr möglich ist und die Gebäude den KfW-40-



301 Effizienzstandard erfüllen. Das ist bereits heute für einen Großteil der  
302 Neubauten der Fall und technisch kein Problem.

303 Doch auch im Gebäudebestand haben fossile Heizsystem keine Zukunft, sodass es  
304 auch hier ab 2024 keinen Einbau neuer Öl- und Gasheizungen mehr geben darf. Das  
305 ist eine große Herausforderung, denn nicht mal 20% des Gebäudebestands  
306 entsprechen den aktuellen energetischen Sanierungsstandards. Mit der kostenlosen  
307 Erstellung verpflichtender Sanierungsfahrpläne zeigen wir für jedes Gebäude den  
308 Weg zur Klimaneutralität auf. Für die Förderung von energetischer  
309 Gebäudesanierung und erneuerbarer Wärme in Gebäuden möchten wir deshalb die  
310 "Bundesförderung effiziente Gebäude" auf 12 Milliarden Euro pro Jahr erhöhen.  
311 Klimaschonende Alternativen wie Solarthermie, Wärmepumpen und Holzpellets  
312 bringen wir damit schneller in die Wohnungen und Häuser.

313 Für Haushalte mit niedrigen Einkommen wollen wir darüber hinaus eine erhöhte  
314 Förderung für den Austausch von Öl- und Gasheizungen ansetzen. Außerdem möchten  
315 wir die Heizkostenverordnung so verändern, dass die CO<sub>2</sub>-Preis-bedingten  
316 Mehrkosten fürs Heizen nicht mehr auf Mieter:innen umgelegt werden dürfen. Denn  
317 nur die Vermieter:innen können die Heizungsanlage eines Gebäudes austauschen und  
318 damit den CO<sub>2</sub>-Ausstoß je verbrauchter Kilowattstunde beeinflussen! Sozialer  
319 Kälte – im wahrsten Sinne des Wortes – erteilen wir eine klare Absage.

320 Fern- und Nahwärme aus klimaschonenden Energieträgern hat großes Potenzial, um  
321 ganze Quartiere zu versorgen und die Wärmeversorgung von einer privaten zu einer  
322 öffentlichen Aufgabe zu machen. Die Länder sollen deshalb schrittweise zur  
323 Durchführung kommunaler Wärmeplanungen für alle Gemeinden, beginnend bei den  
324 bevölkerungsstärksten, verpflichtet werden. Hierdurch können Fern- und  
325 Nahwärmenetze deutlich besser geplant werden. Durch den verstärkten Einsatz von  
326 Großwärmepumpen, Solar- und Geothermie, industrieller Abwärme und grünem  
327 Wasserstoff wollen wir den Anteil klimafreundlich erzeugter Wärme bis 2030  
328 mindestens verdoppeln.

#### 329 **4. Verkehrswende**

330 "Autogerecht" sollten sie sein: Mitte des 20. Jahrhunderts orientierte sich die  
331 Stadtplanung vor allem am motorisierten Individualverkehr. Das hatte gute Gründe  
332 - passt aber nicht mehr in unsere Lebensrealität. Die Mobilität der Zukunft muss  
333 klimaschonend gedacht werden und den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Dafür  
334 soll ein neues Bundesmobilitätsgesetz sorgen - dieses beinhaltet Ziele für mehr  
335 Umwelt- und Klimaschutz sowie Lebens- und Aufenthaltsqualität in Städten und  
336 Dörfern.

337 Der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) ist ein wichtiges Planungsinstrument für  
338 Schiene, Straße und Wasserwege. Bisläng folgt er der Logik, dort auszubauen, wo  
339 Engpässe zu vermuten sind. Das ist jedoch nicht zeitgemäß - im BVWP 2030 sind

340 zahlreiche Aus- und sogar Neubauprojekte von Bundesfernstraßen enthalten und  
341 ignoriert das sogenannte Verkehrsparadoxon: Wo bessere Infrastruktur  
342 bereitsteht, entwickelt sich mehr Verkehr. Klimaneutralität lässt sich so nicht  
343 erreichen. Wir fordern deshalb einen “Klimacheck” für den  
344 Bundesverkehrswegeplan: Sämtliche im BVWP gelisteten Projekte sollen darauf  
345 untersucht werden, ob sie klimaschonenden Verkehr fördern. Danach werden sie neu  
346 priorisiert oder aus den Bedarfsplänen gestrichen.

347 Ab dem Jahr 2030 wollen wir keine Fahrzeuge mit fossilem Verbrennungsmotor mehr  
348 zulassen – eine großer Herausforderung für das Automobilland Deutschland.  
349 Dennoch ist das der richtige Schritt: Zum einen wird der klassische Verbrenner  
350 schon bald international nicht mehr wettbewerbsfähig sein. Wer sich an diese  
351 Technologie von gestern klammert, riskiert, dass Deutschland seine führende  
352 Rolle in der Autoindustrie verliert. Zum anderen sind fossile Verbrenner mit der  
353 Maßgabe Klimaneutralität bis 2035 nicht vereinbar. Automobilunternehmen,  
354 Zulieferbetriebe und vor allem die dort Beschäftigten sollen diesen Prozess  
355 mitgestalten. Wir wollen diese Gruppen bereits 2022 mit Vertreter:innen aus  
356 Politik und Umweltverbänden an einen Tisch bringen. Nach dem Vorbild der  
357 “Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung” (kurz:  
358 Kohlekommission) sollen sie gemeinsam Vorschläge für einen sozialverträglichen  
359 Verbrennerausstieg erarbeiten.

360 Im Individualverkehr erweist sich E-Mobilität als effizient. Bis 2025 sollen  
361 mindestens 5 Millionen, bis 2030 mindestens 15 Millionen batterieelektrische PKW  
362 auf den Straßen unterwegs sein. Die Kfz-Steuer wollen wir so umbauen, dass sich  
363 der Kauf eines E-Autos gegenüber dem eines Verbrennerfahrzeugs auch dauerhaft  
364 und spürbar finanziell lohnt. Kaufprämien wollen wir dagegen auslaufen lassen,  
365 da sie vor allem eine Subvention für Gutverdienende sind. Die Förderung von  
366 Plug-In-Hybriden muss bereits im nächsten Jahr auslaufen; die Förderung  
367 vollelektrischer Fahrzeuge in einem angemessenen zeitlichen Abstand zum  
368 Verbrenner-Aus. Mit den freiwerdenden Mitteln wollen wir stattdessen den ÖPNV  
369 stärken und in einen Ausbau der Ladeinfrastruktur investieren. Mit einem neuen  
370 Masterplan Ladeinfrastruktur wollen wir den Aufbau von genügend  
371 Lademöglichkeiten beschleunigen und insbesondere strukturell-unterversorgt  
372 Gruppen, wie die Menschen im ländlichen Raum, Mieter:innen und  
373 Berufspendler:innen am Arbeitsplatz in den Fokus rücken.

374 Eine gut ausgebaute Ladeinfrastruktur sorgt nicht nur für eine schnellere  
375 Verkehrswende, sondern trägt auch zur Stabilität eines zukünftigen  
376 Energiesystems bei: Unter dem Stichwort der Sektorenkopplung – also der  
377 Vernetzung aller Bereiche des Energiesystem – wollen wir das volle Potenzial der  
378 E-Mobilität nutzen und batterieelektrische Fahrzeuge in einem digitalisierten  
379 Stromnetz zur Zwischenspeicherung von überschüssigem Strom oder zur  
380 Netzstabilisierung („Demand Side Management“/ „Spitzenglättung“) einsetzen.

381 Grünen Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe sollten mit Blick auf deren  
382 Energieeffizienz dagegen mit Bedacht eingesetzt werden und dem Langstrecken- und  
383 Schwerlastverkehr sowie Flugzeugen und Schiffen vorbehalten bleiben. Die Zukunft  
384 ist elektrisch!

385 Das eigene Auto ist auf Pendelstrecken, für die Arbeit und viele andere  
386 Situationen wichtig, gerade im ländlichen Raum. Um die Verkehrswende zu  
387 schaffen, wollen wir das Privatfahrzeug wie auch Kurzstreckenflüge Schritt für  
388 Schritt überflüssig machen. Car-, Bike- und sonstige Sharing-Angebote wollen wir  
389 ausweiten. Gerade im ländlichen und vorstädtischen Raum sollen die Kommunen,  
390 Landkreise und Stadtwerke dafür zusammen Konzepte entwickeln.

391 Wir fordern eine Schienenoffensive, die Deutschlands Bahninfrastruktur ins 21.  
392 Jahrhundert holt und Verspätungen und Störungen der Vergangenheit angehören  
393 lässt. Zwar wurden die Bundes-Investitionen in den letzten Jahren deutlich  
394 angehoben, im europäischen Vergleich hinkt Deutschland dennoch hinterher: 2020  
395 steckte Deutschland 88 Euro pro Bürger:in ins Schienennetz - Norwegen 228, die  
396 Schweiz 440, Luxemburg gar 567 Euro. Deutschland darf den Anschluss nicht  
397 verlieren und muss bei den Investitionssummen nachziehen.

398 Der Schienenverkehr muss vor allem im ländlichen Raum wieder einen höheren  
399 Stellenwert bekommen, um allen Menschen ein effizientes öffentliches  
400 Mobilitätsangebot machen zu können. Deshalb wollen wir stillgelegte Bahnstrecken  
401 reaktivieren und mit einer angemessenen Taktung ausstatten. Bahnhöfe wollen wir  
402 zu barrierefreien und vitalen Mobilitätsknotenpunkten in Verbindung mit  
403 Bushaltestellen, Park + Ride-Plätzen mit Ladestationen für die E-Mobilität, Car-  
404 und Bike-Sharing-Angeboten sowie Einkaufs- und Dienstleistungsangeboten  
405 weiterentwickeln. Um auch im Fernverkehr eine echte Alternative zum Flugzeug zu  
406 sein, müssen das Schnellzug- und das Nachtzugnetz ausgeweitet bzw. aufgebaut  
407 werden.

408 Um den Gütertransport zu dekarbonisieren und die Autobahnen zu entlasten, wollen  
409 wir wieder mehr Güter auf der Schiene transportieren. Viele Unternehmen haben  
410 daran bereits heute ein großes Interesse, werden aber durch eine mangelhafte  
411 Infrastruktur ausgebremst. Dafür müssen die Fördermittel des Bundes deutlich  
412 aufgestockt werden.

413 Insgesamt müssen insbesondere Raumordnungsverfahren und  
414 Umweltverträglichkeitsprüfungen für Schienenprojekte deutlich vereinfacht  
415 werden, um unmittelbare bauliche Fortschritte erzielen zu können.

416 Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) attraktiver machen. Die Taktung  
417 von Bussen und Bahnen soll dauerhaft erhöht werden. In Großstädten soll der 5-  
418 Minuten Takt die Regel sein, in Verdichtungsräumen der 15-Minuten-Takt und in  
419 ländlichen Gebieten mindestens der 1-Stunden-Takt. Außerdem möchten wir zwischen

420 5 und 24 Uhr eine Mobilitätsgarantie einführen: In diesem Zeitraum sollen ÖPNV-  
421 Angebote an allen Wochentagen überall nutzbar sein. Um das zu realisieren,  
422 setzen wir neben klassischen Fahrplänen auf "On-Demand-Services" – telefonisch  
423 oder via App können so bei Bedarf beispielsweise Kleinbusse bestellt werden.

424 Wir kämpfen für einen ticketlosen, also komplett gebührenfreien Nahverkehr, denn  
425 Mobilität ist für uns kein privates Anliegen, das vom eigenen Geldbeutel oder  
426 Wohnort abhängt, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe und die  
427 Grundvoraussetzung von Teilhabe.

428 Als Zwischenschritt befürworten wir 365 Euro-Jahrestickets pro Bundesland und  
429 vergleichbare Modelle, die insbesondere Kindern und Jugendlichen – die  
430 zwangsläufig ohne eigenen PKW mobil sein müssen – eine adäquate und günstige  
431 Mobilitätsoption an die Hand gibt.

432 Kommunen wollen wir zur Finanzierung des ÖPNV eine weitere Einnahmequelle  
433 ermöglichen: Eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen mit 10 oder mehr  
434 Mitarbeiter:innen. Nach dem Vorbild Frankreichs können Kommunen dann selbst  
435 entscheiden, diese Abgabe zu erheben. Auch die jeweilige Höhe wird von der  
436 Gemeinde festgelegt.

### 437 **5. Industriewende**

438 Die industrielle Revolution des 21. Jahrhunderts verlangt eine  
439 Wirtschaftspolitik, die Betriebe wie Beschäftigte bei der Transformation  
440 unterstützt. Die Dekarbonisierung wird nur zum Erfolg, wenn auch die  
441 Energiewende gelingt, denn unsere Stromproduktion muss nicht nur klimaneutral  
442 geschehen, sondern auch für den steigenden Stromverbrauch der Industrie  
443 ausgebaut werden. Manche Industrieanlagen werden bald einen Offshore-Windpark  
444 für sich alleine brauchen. Darauf muss kluge Wirtschaftspolitik vorausschauend  
445 reagieren.

446 Grund für den steigenden Strombedarf ist vor allem die Nutzung von Wasserstoff  
447 als Energieträger in der Industrieproduktion. Damit dieser auch klimaneutral  
448 erzeugt wird, wir also von "grünem Wasserstoff" sprechen können, bedarf es einer  
449 neuen Wasserstoffstrategie. Eine Wasserstoffstrategie 2.0 muss Bedarfe ehrlich  
450 erfassen, entsprechende Ziele formulieren und letztlich zu deren Umsetzung  
451 beitragen. Dabei spielen neben der Produktion auch Transport und Lagerung eine  
452 zentrale Rolle. Lange wurde der zukünftige Strombedarf zu geringgeschätzt und so  
453 wichtige Zeit verloren. Mit der Stromlüge muss nun Schluss sein und das  
454 Industrieprojekt klimaneutrales Deutschland endlich angepackt werden.

455 Aber auch an der Substanz der deutschen Industrie werden massive Veränderungen  
456 nötig. Mehr als die Hälfte aller energieintensiven Industrieanlagen werden neu  
457

458 gebaut werden müssen. Damit Industrieabwanderung vorgebeugt und Lock-In-Effekte  
459 verhindert werden können, müssen die entsprechenden wirtschaftspolitischen  
Rahmenbedingungen geschaffen werden.

460 Ein Mittel dafür können Klimaschutzverträge bzw. "Carbon Contracts for  
461 Difference" sein. Solche Verträge zwischen dem Bund und einem Unternehmen sorgen  
462 für Planungssicherheit, minimieren Risiken und beschleunigen den Wandel zur  
463 klimaneutralen Wirtschaft. Für Anschaffung und Betrieb klimaneutraler  
464 Technologien wird eine feste Prämie pro vermiedener Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalente  
465 festgelegt, die CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten gegenüber klimaschädlichen  
466 Referenzinvestitionen kompensiert. Kurzum: Klimaschutzverträge kurbeln  
467 Investitionen in klimaneutrale Industrieanlagen massiv an. Ändern sich die  
468 Rahmenbedingungen während der Vertragslaufzeit, beispielsweise durch steigende  
469 CO<sub>2</sub>-Preise, wird der Vertrag entsprechend angepasst. Das Schließen solcher  
470 Klimaschutzverträge muss dabei an Faktoren wie dem CO<sub>2</sub>-Vermeidungs- und  
471 Transformationspotential gemessen werden.

472 Doch auch mit einem Umstieg auf 100% Erneuerbare Energien lässt sich ein  
473 lineares Wirtschaftssystem nicht nachhaltig betreiben. Viel mehr braucht es eine  
474 Kreislaufwirtschaft, die dem Grundsatz „Cradle To Cradle“ folgt und die  
475 Vermeidung von Abfällen durch ein konsequentes Wertstoff-Denken voranbringt: Nur  
476 wenn wir alle Materialien für Konsum und Produktion so designen, dass sie  
477 Grundlage für weiteres Wirtschaften anstatt für eine Sondermüll-Entsorgung sind,  
478 können wir die steigende Inanspruchnahme von Land, Energie und Primärrohstoffen  
479 wirksam stoppen und umkehren.

480 Vor allem der Bausektor spielt als größter Ressourcenverbraucher dafür eine  
481 entscheidende Rolle. Wir setzen deshalb auf eine klare Vorfahrt für die  
482 Sanierung und den Erhalt von Gebäuden und eine Standortpolitik, die  
483 Infrastruktur und Menschen auch in ländlichen Räumen hält, anstatt dem  
484 Urbanisierungs-, und damit Neubauzwang, weiter folgt. Für uns ist klar: Das  
485 nachhaltigste Gebäude ist das, was schon steht!

486 Doch auch in Zukunft lässt sich Bauen nicht vollständig vermeiden, sodass wir  
487 hier dringend eine andere Rohstoffpolitik brauchen: Anstatt mineralische  
488 Baustoffe wie Beton oder Stahl einzusetzen, die nur unter hohem Energieaufwand  
489 und mit dem Abbau von Rohstoffen hergestellt werden können, setzen wir auf  
490 nature-based solutions wie das Bauen mit Holz, Stroh, Hanf oder anderen  
491 nachhaltigen Bau- und Dämmstoffen. Denn diese vermeiden nicht nur  
492 Energieverbrauch und Emissionen, sondern können langfristig Kohlenstoff in sich  
493 speichern und zum Aufbau kreislauffähiger Ökosysteme beitragen.

494 Auch der Rückbau von Gebäuden muss viel stärker in den Mittelpunkt gerückt  
495 werden und direkt beim Neubau bedacht werden. So wollen wir gemeinsam mit dem  
496 Beantragen einer Baugenehmigung die Pflicht zur Erstellung eines Rückbauplans

497 einführen, der eine klare Perspektive für die Weiterverwendung der in einem  
498 Gebäude eingesetzten Rohstoffe nach dem Abriss definiert und nicht-  
499 recyclingfähige Baustoffe schrittweise verbietet.

### 500 **6. Finanzwende**

501 An der Finanzierung darf ein klimaneutrales Deutschland nicht scheitern. Diese  
502 industrielle Revolution verlangt deshalb eine Finanzpolitik, die mutig anpackt.  
503 Die dafür notwendigen Mittel können Bund und Länder vielfach aus ihren  
504 Steuereinnahmen decken. Wo das nicht der Fall ist, muss sich unsere  
505 Fiskalpolitik den Anforderungen anpassen. – Die schwarze Null darf den Weg zur  
506 Klimaneutralität nicht gefährden!

507 Der einfachste Weg, um Mittel für Investitionen in ein klimaneutrales  
508 Deutschland zu gewinnen und gleichzeitig schon aktiv etwas für den Klimaschutz  
509 zu tun, liegt im

510 Abbau der klimaschädlichen staatlichen Subventionen. Allein auf Bundesebene sind  
511 das pro Jahr über 50 Milliarden Euro. Erfasst sind also genauso wenig  
512 Subventionen der Länder und Kommunen wie nicht-finanzwirksame also indirekte  
513 Subventionen beispielsweise durch Bürgschaften. Um das 1,5-Grad-Ziel zu halten,  
514 müssen alle Formen klimaschädlicher Subventionen abgebaut werden – dazu zählen  
515 insbesondere die Kerosinsteuerbefreiung, die Entfernungspauschale oder das  
516 Dieselprivileg.

517 Dennoch ist klar, dass die überwältigende Mehrheit der eingesetzten Mittel  
518 private Investitionen sein werden. Deshalb befürworten wir eine ambitionierte  
519 Ausgestaltung der EU-Taxonomie, die einen klaren Rechtsrahmen für nachhaltige  
520 Geldanlagen definiert.

### 521 **7. Agrarwende**

522 Der Fortbestand der landwirtschaftlichen Strukturen in Deutschland und Europa  
523 ist auf dramatische Art und Weise gefährdet: Während die Landwirtschaft die  
524 Klimakrise durch CO<sub>2</sub>-, Methan-, und Lachgasemissionen weiter anheizt, ist sie  
525 gleichzeitig wie kein anderer Sektor von den Folgen der Erderhitzung betroffen.  
526 Drei Dürresommer in Folge, Überschwemmungen, das Sinken des Grundwasserspiegels  
527 - Bäuerinnen und Bauern spüren die Auswirkungen der Klimakrise tagtäglich.  
528 Gleichzeitig hat u.a. eine einseitige Fokussierung auf den globalen Wettbewerb  
529 dazu geführt, dass auch das Geschäftsmodell des Großteils landwirtschaftlicher  
530 Betriebe nicht mehr nachhaltig ist. So ist die Zahl der Betriebe in nur 50  
531 Jahren von 1,1 Millionen (alte BRD) auf nur noch 263.500 gesunken. Und wir  
532 verlieren weitere 2-3% unserer Betriebe - jährlich! Die Landwirtschaft befindet  
533 sich damit nicht nur in einer ökologischen, sondern auch ökonomischen und  
534 sozialen Krise. Das wollen wir ändern. Denn der Agrar- und Forstsektor ist der  
535 einzige Sektor, der sogar klimapositiv werden und damit einen herausragenden

536 Beitrag zum Erreichen der Klimaziele beitragen kann!

537 Deshalb stellen wir uns hinter die kürzlich veröffentlichten Empfehlungen der  
538 Zukunftskommission Landwirtschaft und wollen eine entschlossene Agrarwende  
539 umsetzen. Agrarsubventionen rein nach Fläche, so wie sie heute noch  
540 hauptsächlich ausgezahlt werden, müssen zügig und planbar abgeschafft werden.  
541 Stattdessen braucht es eine schrittweise vollständige Umwandlung in Zahlungen,  
542 welche die Bereitstellung und den Schutz öffentlicher Güter fördern und  
543 schützen. Unsere Landwirtschaftspolitik folgt dem Motto: Öffentliches Geld für  
544 öffentliche Leistungen statt privater Gewinne! Nur auf diesem Weg wird es  
545 gelingen, die immense Ungleichverteilung öffentlicher und zumeist nicht  
546 nachhaltiger Subventionen zu stoppen und langfristig gute Einkommen für  
547 Bäuerinnen und Bauern zu sichern. Es muss erklärtes Ziel sein, die Anzahl an  
548 Betrieben wieder zu steigern, beispielsweise durch einen privilegierten Zugang  
549 zu landwirtschaftlichen Böden für Junglandwirt:innen und eine degressive Hektar-  
550 basierte Startprämie.

551 Wir setzen uns für faire Marktbedingungen für Landwirt:innen ein und wollen die  
552 oligopolistischen Strukturen im Lebensmittelhandel aufbrechen. Insbesondere die  
553 Förderung der Direktvermarktung spielt hierbei eine wichtige Rolle. Die  
554 Geringschätzung von guten und gesunden Lebensmitteln und Billigpreise müssen der  
555 Vergangenheit angehören.

556 Die hauptsächliche Verwendung von saisonalen, regionalen und überwiegend  
557 pflanzenbasierten, Produkten in öffentlichen Einrichtungen sollte deshalb  
558 zukünftig selbstverständlich sein.

559 Im Moment landet ein Drittel der Lebensmittel in Deutschland im Müll. Wir sagen:  
560 Lebensmittel sind zu gut für die Tonne! Es braucht deshalb eine Verpflichtung  
561 für den Lebensmittelhandel, noch genießbare Lebensmittel zu spenden. Das Retten  
562 dennoch weggeschmissener Nahrungsmittel (sog. Containern) muss darüber hinaus  
563 entkriminalisiert werden.

564 Eine starke Reduktion des Tierbestandes und des Konsums tierischer Lebensmittel,  
565 insbesondere mindestens eine Halbierung des Fleischkonsums, ist der effektivste  
566 Weg, um klimaschädliche Emissionen zu reduzieren. So können wir auf den Import  
567 großer Mengen an Futtermitteln, vorrangig aus Südamerika, verzichten und die  
568 Stoff- und Futterkreisläufe wieder selbst schließen. Massentierhaltung auf der  
569 einen und ein zu geringer Viehbesatz auf der anderen Seite gehören so endlich  
570 der Vergangenheit an. Wir streben einen Viehbesatz von 1-2 Großvieheinheiten  
571 (GVE) je Hektar und gleichzeitig vorrangig eine Grünlandhaltung an. Das bedeutet  
572 nicht nur eine artgerechte Haltung unseres Viehs, sondern auch den sukzessiven  
573 Aufbau neuer Grünlandflächen als artenreichste Biotope und starke  
574 Kohlenstoffsinken.

575 Außerdem wollen wir die Subventionen und Steuerprivilegien für die Produktion

576 und den Vertrieb tierischer Produkte drastisch reduzieren.

577 Wichtig ist, die Agrarwende ganzheitlich zu denken und die globalen Folgen der  
578 deutschen und europäischen Landwirtschafts- und damit auch Handelspolitik im  
579 Blick zu haben. Eine maßgebliche Verringerung des globalen Fußabdrucks der  
580 deutschen Landwirtschaft muss durch eine fast vollständige Verwendung von  
581 regionalen Futtermitteln erzielt werden. Es braucht darüber hinaus einen  
582 Einfuhrstopp von Agrar-Produkten, die im Ausland die Umwelt zerstören und  
583 Menschenrechte verletzen. Klar ist auch: das Mercosur-Abkommen muss weiterhin  
584 verhindert werden. Die SPD muss sich mit ganzer Kraft gegen ausbeutende und neo-  
585 kolonialistische Handelspraktiken einsetzen!

586 Mit einer vorrangig pflanzenbasierten Ernährung ist auch eine stärkere  
587 Ausweitung des Ökolandbaus vorstellbar. Wir streben eine Ausweitung des  
588 ökologischen Landbaus auf mindestens 30% der landwirtschaftlich genutzten Fläche  
589 bis 2030 an. Durch diese Umstellung und weitere technische Anpassungen lässt  
590 sich der Einsatz mineralischer Düngemittel bis 2030 um mindestens 20%  
591 reduzieren, wodurch 80% der Lachgasemissionen vermieden werden können.

592 Aktiv gefördert werden muss das einzigartige Potential der Landwirtschaft,  
593 Treibhausgase in Böden und Feuchtgebieten zu speichern. Deshalb braucht es eine  
594 ganzheitliche Förderung zum nachhaltigen Humus-Aufbau und vor allem zum  
595 Wiedervernässen von Mooren. Insbesondere das Wiedervernässen als Maßnahme mit  
596 der höchsten Klimaschutzwirksamkeit ist in der aktuellen nationalen  
597 Ausgestaltung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) nicht vorgesehen -  
598 das ist inakzeptabel! In Deutschland sind 95% der Moore entwässert. Subventionen  
599 für die intensive Bewirtschaftung solcher entwässerten Feuchtgebiete müssen  
600 umgehend beendet werden. Insbesondere der Abbau von Torfflächen und die Nutzung  
601 von Torf haben einen umfangreichen Beitrag zur Klimaerwärmung, da hierbei große  
602 Mengen CO<sub>2</sub> frei werden. Daher muss beides in Deutschland und ganz Europa  
603 verboten werden. Durch eine entsprechende kluge und nachhaltige Behandlung von  
604 Feuchtgebieten, die lediglich 4% der deutschen landwirtschaftlichen Fläche  
605 ausmachen, könnten insgesamt 25% der landwirtschaftlichen Emissionen eingespart  
606 werden. Eine nachhaltige Bewirtschaftung kann durch Paludikultur gelingen, also  
607 die nasse Bewirtschaftung von Mooren. Beispiele sind der Anbau von ökologischen  
608 Bau- und Dämmstoffen, Biomasse zur Energiegewinnung oder auch Torfmoos als  
609 Torfersatzstoff.

610 Das Potential unserer Wälder als Kohlenstoffsенke muss gesteigert und nicht noch  
611 weiter gemindert werden. Dafür entscheidend ist auch die progressive Gestaltung  
612 der EU-Taxonomie. Es muss verhindert werden, dass das Verfeuern von Biomasse als  
613 „nachhaltig“ eingestuft wird und so falsche Anreize zur Abholzung gesetzt  
614 werden.

615 Ein besonderes Augenmerk muss auch auf dem Aufbau von Agroforststrukturen



616 liegen, also der gleichzeitigen Bewirtschaftung mit Gehölzen, Acker und/oder  
617 Tieren auf einer Fläche. Denn solche Systeme können immense Vorteile haben für  
618 Bäuerinnen und Bauern (im Sinne einer Produkt- und Einkommensdiversifizierung),  
619 den ländlichen Raum ( durch den Aufbau regionaler Märkte) sowie das Klima und  
620 die Biodiversität. 10% aller landwirtschaftlichen Flächen (und nicht nur des  
621 Ackerlands) müssen zum Schutz der Artenvielfalt in nicht-produktive Flächen  
622 umgewandelt werden.

623 Klar ist: Nicht bei allen Umwandlungen landwirtschaftlicher Flächen zu Klima-  
624 und Biodiversitätszwecken ist eine alternative Nutzung, vor allem mit demselben  
625 finanziellen Ertrag wie vor der Umwandlung, möglich. Wir fordern deshalb die  
626 Einrichtung eines "Klimaretter:innen-Fonds", welcher die finanziellen Ausfälle  
627 der Landwirt:innen kompensiert.

### 628 **8. Internationale Klimapolitik**

629 Die Klimakrise ist eine globale Herausforderung, die sich nicht national lösen  
630 lässt. Nur wenn es uns gelingt, die globalen Emissionen bis 2030 um 45% im  
631 Vergleich zu 2010 zu reduzieren und bis 2050 global Klimaneutralität zu  
632 erreichen, können wir die Erderwärmung auf 1,5 Grad gegenüber dem  
633 vorindustriellen Niveau begrenzen. Die Grundlage dafür ist die Einhaltung eines  
634 global noch verfügbaren CO<sub>2</sub>-Budgets von 400Gt CO<sub>2</sub> (und Budgets für verschiedene  
635 andere Treibhausgase), das eine 67% Wahrscheinlichkeit liefert, das 1,5 Grad  
636 Ziel einzuhalten. – Das ist angesichts von gut 36Gt globalem CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro  
637 Jahr sehr wenig, aber mit ambitionierten Klimaschutzmaßnahmen einhaltbar.

638 Im Pariser Abkommen bekennen sich alle Staaten dazu, dieses Ziel zu erreichen.  
639 Dafür haben sie einen klaren Mechanismus festgelegt: Statt von Anfang an  
640 verpflichtende Emissionsminderungen für jedes Land festzulegen, geben die  
641 Staaten sich selbst Ziele („NDCs“), mit der Maßgabe, sie alle fünf Jahre zu  
642 verschärfen. Doch nicht alle Staaten kommen dieser Verpflichtung in  
643 ausreichender Weise nach, sodass die Welt laut einer aktuellen Analyse der  
644 Vereinten Nation bis zum Ende des Jahrhunderts immer noch auf 2,7 Grad  
645 Erderwärmung zusteuert.

646 Um mehr Verbindlichkeit in der globalen Klimapolitik zu erreichen, hat Olaf  
647 Scholz die Gründung eines Klimoclubs vorgeschlagen. In diesem Club schließen  
648 sich Staaten mit gemeinsamen Klimaschutzambitionen, um einheitliche  
649 Wettbewerbsbedingungen für eine klimaneutrale Umgestaltung der Industrie zu  
650 schaffen und so das Race To The Bottom bei Umweltschutzstandards zu beenden.

651 Die Vereinbarungen innerhalb eines solchen Klimoclubs sollten insbesondere  
652 umfassen:

- 653 • gesetzlich festgeschriebene ambitionierte Zwischenziele zur  
654 Emissionsminderung in den teilnehmenden Staaten und eine Verpflichtung zur  
655 Klimaneutralität bis spätestens 2050
  
- 656 • ein gemeinsames Emissionshandelssystem
  
- 657 • verbindliche Standards für die umweltverträgliche Förderung von Rohstoffen  
658 und den Umgang mit sensiblen Ökosystemen, insbesondere Regenwäldern,  
659 Grünland, Mangroven und Meeren
  
- 660 • eine Kooperation im Bereich von Zukunftstechnologien, insbesondere zur  
661 Herstellung von grünem Wasserstoff, zu Energiespeichern sowie zur Nutzung  
662 und Abscheidung von Kohlenstoff (CCUS-Technologien)

663 Die Klimakrise hat aber auch eine historische Dimension. Denn die Staaten, die  
664 bereits heute am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen,  
665 haben in der Vergangenheit die geringsten Emissionen gehabt. Deshalb ist ein  
666 Kernbestandteil der jährlichen Klimaverhandlungen die Unterstützung ärmerer  
667 Staaten bei Klimaschutz und Klimaanpassung. Dafür haben die entwickelten Länder  
668 ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar verbindlich zugesichert, ohne jedoch  
669 diese Zusage einzuhalten. Deutschland muss als historisch viertgrößter Emittent  
670 von Treibhausgasen seiner Verpflichtung nachkommen und seinen Beitrag zur  
671 globalen Klimafinanzierung nochmals aufstocken.

672 Ebenso liegt es in der historischen Verantwortung Deutschlands, möglichst  
673 schnell Klimaneutralität zu erreichen und damit nicht weiter zur Aufzehrung des  
674 globalen Treibhausgasbudgets beizutragen. Unser Ziel ist ein klimaneutrales  
675 Deutschland bis 2035.

### **Begründung**

Erfolgt mündlich.